

# **Chancen der Teilhabepolitik für Heidelberg**

Arbeitspapier zum neuen Dezernat IV:

***Integration***

***Chancengleichheit***

***Bürgerdienste***

- erster Entwurf -

Theresia Bauer - Uwe Wenzel - Christian Weiss

## **Ein starkes Zukunftsdezernat: Integration - Chancengleichheit - Bürgerdienste**

Nachdem OB Würzner das Umweltamt mit in sein Dezernat nahm, hat unsere Fraktion in zähen Verhandlungen einen komplett neuen Dezernatszuschnitt ausgehandelt, welcher an wichtigen Zukunftsfragen orientiert ist, eine starke Verwaltungsbasis hat und inhaltlich gestaltbar sein musste.

Das neue Dezernat IV beschäftigt sich mit der umfassenden Teilhabe, insbesondere können wir nun in drei Bereichen neue Akzente setzen:

- die Frage der **Gleichstellung von Mann und Frau** wird im **Amt für Chancengleichheit** (früher: Gleichstellung) auf eine breitere Basis gestellt und umfasst dort nun alle Bereiche, welche durch das Antidiskriminierungsgesetz abgedeckt werden. Dazu gehören z.B. Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, Religion, Alter, sexueller Orientierung, Behinderung und Geschlecht. Gerade für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist dies eine wichtige Stärkung, weil sie bisher in der Stadtverwaltung keine Ansprechpartner haben
- Zudem erhält das Dezernat die Federführung für die erweiterte Aufgabe, **Langzeitarbeitslosen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen**. Hierzu wird eine Koordinierungsstelle aus dem Sozialamt verschoben, welche für die Beschäftigungsgesellschaften und Anträge für den Europäischen Sozialfond zuständig ist und das Dezernat IV wird auch in die Struktur der Arbeitsgemeinschaft (zwischen Stadt und Arbeitsamt) maßgeblich eingebunden und erhält damit die strategische Zuständigkeit für den Bereich der Langzeitarbeitslosen
- für den Bereich Integration von **Migrantinnen und Migranten** wird im Amt für Öffentliche Ordnung eine neue Verwaltungseinheit und damit ein neuer Schwerpunkt aufgebaut
- neben diesen für uns zentralen drei inhaltlichen Schwerpunkten erhält das Dezernat mit dem **Amt für Öffentlichen Ordnung** und dem **Bürgeramt** zentrale Verwaltungsämter. Diese „Bürgerdienste“ wollen wir auch unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe unserer BürgerInnen ausbauen: Transparenz und Offenheit, Bürgernähe und Mitsprache sollen in diesen Ämtern neu organisiert werden
- im Amt für Öffentliche Ordnung ist zudem der städtische **Verbraucherschutz und die Lebensmittelkontrolle** angesiedelt, welchen wir nun mit Inhalten füllen wollen
- verblieben in unserem Dezernat sind das **Landschafts- und Forstamt** und das **Amt für Abfallwirtschaft**, die sowohl im Sinne der Bürgerdienste und auch für die kommunale Beschäftigungspolitik wichtige Funktionen haben

**Damit ist das Dezernat IV sowohl mit der Zukunftsaufgabe der Teilhabepolitik betraut als auch mit einer starken Verwaltungsbasis ausgestattet.**

Hierzu im Vergleich die Beschäftigtenzahlen der Dezernate:

|  |                  |
|--|------------------|
| Dezernat I (Würzner):  | 380 Beschäftigte |
| Dezernat II (Bau):   | 450 Beschäftigte |
| Dezernat III (Familie, Soziales und Kultur):                 | 720 Beschäftigte |
| Dezernat IV (Integration, Chancengleichheit, Bürgerdienste): | 540 Beschäftigte |

Auf unser Dezernat zugeschnitten wird es zudem einen **Ausschuss für Integration, Gleichstellung und Beschäftigung** geben.

## **Chancen der Teilhabepolitik:**

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und unterschiedlich in Bezug auf ihre kulturelle und religiöse Zusammensetzung, aber auch in Bezug auf Geschlecht, Herkunft, soziale Herkunft, Alter, sexuelle Orientierung, Sprachen und physische Fähigkeiten. Oft dienen diese Unterscheidungsmerkmale dazu, ausgrenzende Bewertungen durch eine „Mehrheitsgesellschaft“ vorzunehmen und Menschen, die nicht „dazu gehören“ zu problematisieren. Wollen wir aber Freiheit, soziale und ökonomische Sicherheit und Frieden in einer demokratischen Gesellschaft sichern, müssen wir lernen, sowohl das qualitative Mehr von Vielfalt zu erkennen als auch Konflikte, die durch ein Aufeinandertreffen von Unterschieden entstehen können, zu bewältigen, ohne dabei erneut Ausgrenzungen hervorzurufen. In anderen Ländern wird Vielfalt als ein Kapital der Gesellschaft betrachtet, als ein großer Pool an kulturellen und sprachlichen Qualitäten, aus denen die Gesellschaft als Ganzes schöpfen kann. Wandel und kulturelle Vielfalt in einer Gesellschaft sind Normalfall und nicht Ausnahme. Wir gehen nicht von einer normativen Mehrheitsgesellschaft aus, der gegenüber Minderheiten als problematisch oder defizitär erscheinen, sondern von einer auf allen Ebenen erfahrbaren Vielfalt.

Auch in unserer vergleichsweise wohlhabenden Stadt HD ist zunehmend soziale Spaltung erkennbar. Wer in die entlegenen Teile der Stadt schaut, kann nicht übersehen, dass auch bei uns Armut sich zu verfestigen droht. Das Interesse der Stadt muss sein, aktiv darauf einzuwirken, dass Armut nicht zum Schicksal wird. Teilhabe heißt ankoppeln statt abhängen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir große Zukunftsaufgaben und Chancen in einem Dezernat, das sich mit einem sehr weit gefassten Anspruch um die Teilhabe Aller in unserer Stadt kümmert. Wir verbinden die Schaffung dieses Dezernates mit dem Anspruch, „**Sozialhauptstadt Deutschlands**“ werden zu wollen und mit neuen Ideen aufzuzeigen, wie man Teilhabe und Chancengleichheit in einer Kommune realisieren kann.

## **Migration als mehrfache Chance**

Aus ganz unterschiedlichen Gründen müssen wir Einwanderung und Integration als Chance für die Mehrheitsgesellschaft begreifen. Integration hat zum Ziel, dass auch MigrantInnen die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Fähigkeiten zu entfalten und ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Im derzeitigen Wandel der Arbeitswelt nehmen Migrationsfamilien zudem eine besondere Position ein – besonders in der Wissenschaftsstadt Heidelberg. In unserer Stadt ist heute schon sichtbar, was bald für das ganze Land gilt: Der Arbeitsmarkt und damit auch unsere sozialen Sicherungssysteme sind zukünftig immer mehr auf Zuwanderung angewiesen, was die Diskussion um den demographischen Wandel deutlich zeigt. Denn bereits in wenigen Jahren wird ein Arbeitskräftemangel - insbesondere bei höher Qualifizierten – zu einem unserer größten Probleme werden.

Auch in HD gilt: zu viele brechen die Schule ab, zu wenige erreichen höhere Abschlüsse, überdurchschnittlich viele sind arbeitslos und von ungesicherter Beschäftigung betroffen (80% der Kinder mit Migrationshintergrund erreichen in Heidelberg keine abgeschlossene Ausbildung!)

Daher wird Bildung immer wichtiger und dies bedeutet auch, dass wir in unserer Gesellschaft jeder/m Einzelnen die Chance ermöglichen müssen, seine jeweiligen Potentiale abrufen zu können. Wir können dabei auf keine und keinen verzichten. Schon gar nicht auf Migrantengenerationen, die obwohl sie Deutsche sind (oder werden wollen), hier keine ausreichende Ausbildung erfahren und damit ihre Potentiale nicht ausschöpfen können.

### **Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen**

Wir können es uns aus den gleichen Gründen nicht länger leisten, dass große Anteile der Frauen nur kurz oder in Teilzeit erwerbstätig sind und Familie und Beruf immer noch nicht gut vereinbaren können. Alleine die Auswirkungen einer hohen Beschäftigungsquote von Frauen auf die Sozialkassen sind enorm, was in Skandinavien deutlich bewiesen wird. Die hohe Quote wirkt dort wie ein Jobwunder, weil viele zusätzliche Stellen geschaffen werden (z.B. in der Betreuung), weil die Wertschöpfung der Gesellschaft größer ist und weil die Sozialkassen von viel breiteren Bevölkerungsanteilen finanziert werden.

*Stichwort: allgemeine Gender-Politik noch auszuformulieren*

### **Integration von Langzeitarbeitslosen**

Ebenso können wir es uns nicht leisten, dass immer mehr Menschen aus dem Raster unserer Gesellschaft fallen, weil sie dem Stress unseres Arbeitslebens nicht mehr gewachsen sind (Langzeitarbeitslose oder Jugendliche ohne Ausbildung) oder auch nur zu sein scheinen (ältere Arbeitnehmer). Erwerbstätigkeit und das daraus erwirtschaftete Einkommen bilden die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Partizipation am Arbeitsmarkt stellt somit eine der zentralen Bedingungen für eine erfolgreiche Integration dar. Denn Erwerbstätigkeit ist mehr als ökonomische Unabhängigkeit, sie stützt auch soziale Kontakte und Selbstwertgefühl. (Wobei sich natürlich trotzdem noch die Frage nach sinnvoller Beschäftigung auch außerhalb der Arbeitswelt stellt) Dass sich eine gute Beschäftigungspolitik auch auf der Kostenseite bei den Sozialkassen und im kommunalen Haushalt niederschlägt ist ein wichtiger „Nebeneffekt“. Denn wenn wir hier erfolgreich arbeiten, wird man dieses Engagement nicht wieder einstellen können. Zu wenig Beachtung findet in diesem Kontext, dass auch viel mehr einfache Arbeitsplätze nötig sind, um den Bedarf an Teilhabe an Arbeit zu befriedigen. Anstatt Menschen in Qualifizierungsmechanismen zu werfen, müssen wir auch Lösungen für diejenigen bieten, die den immer komplexeren Ansprüchen nicht oder nicht mehr gewachsen sind.

Wir sehen derzeit in Heidelberg großen Nachholbedarf bei der Arge (Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Agentur für Arbeit), bei der Schaffung von Einfachstarbeitsplätzen im dritten Arbeitsmarkt sowie in der Betreuung der betroffenen Personenkreise mit Blick auf deren Qualifizierung und Integration.

### **Politische Teilhabe**

Umfassende Teilhabepolitik bezieht sich nicht nur auf das „Haben“ einer Gesellschaft, sondern auch auf das „Sagen“: die Mitwirkung an Politik, Kultur und Wirtschaft. Bürgerdienste wollen wir künftig daran ausrichten, Barrieren abzubauen, verständlicher und bürgernäher zu werden, zur aktiven Teilhabe zu motivieren. In diesem Sinne wollen wir auch moderne Kommunikations-Instrumente verstärkt einsetzen. Auch Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle wollen wir stärken, weil das Recht des Einzelnen auf Wissen Voraussetzung für Teilhabe ist. Ebenso muss die Schuldnerberatung verstärkt werden, um ein abgleiten in schwierige Situationen möglichst frühzeitig zu verhindern.

## **Konkrete Handlungsvorschläge zur „Langzeitarbeitslosigkeit“:**

- Anlauf- und Informationsstellen sollen stärker in die Bürgerämter integriert werden und dort den Zugang erleichtern und Schwellenängste abbauen helfen
- Jugendberufshilfe verbessern: Dazu muss die aktive Kooperation mit der lokalen Ökonomie und der IHK verbessert werden. Deren Programme, wie .B. das Einstiegsqualifizierungsjahr EQJ sind derzeit nicht ausreichend ausgeschöpft
- Durch höheren Personaleinsatz bei der Arge (z.B. Verstärkung der psychosozialen Betreuung) muss das Betreuungsverhältnis (derzeit immer noch bei 1:300) verbessert werden
- Die Beschäftigungsförderung soll ausgebaut werden durch einen konkreteren Mitteleinsatz bei der Arge und durch eigene städtische Programme. Besonders im dritten Arbeitsmarkt (z.B. im Naturschutz und Landschaftsbereich) können noch viele Stellen geschaffen und vernünftige Arbeiten gemacht werden. Hierzu standen im städtischen Haushalt früher weit mehr Mittel zur Verfügung.
- Die Stadtverwaltung soll eine viel aktivere Rolle beim entwickeln von Projekten und Kooperativen mit der EU einnehmen. Nicht nur um verstärkt Mittel für Projekte abzurufen, sondern auch um das Bestehende besser zu vernetzen und für Neues Ideengeber zu werden
- Zusatzjobs im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen (ergänzend zur Pflege) könnten noch deutlich ausgebaut werden. Die Stadt könnte hier auch Zuschüsse (in einem Kombilohnmodell) geben
- Stark ausbaufähig ist noch der Bereich Recycling und Wiederverwertung - aus ökologischen Gründen aber auch um Menschen mit schwächerer Kaufkraft die Abdeckung des alltäglichen Bedarfes besser zu ermöglichen. Auch die Ladenstruktur für gespendete Waren (Brot und Salz, Gebraucht-Waren) könnte auf Stadtteilebene ausgebaut werden

## **Vorschläge zur Integration - Neue Wege interkultureller Stadtpolitik:**

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Heidelberg ihre Integrationsmaßnahmen zugunsten von Migrantinnen und Migranten, insbesondere bei der Sprachförderung, verbessert. Wir halten es allerdings für notwendig, dass die bestehenden Angebote besser vernetzt und auf alle Bereiche der Integration ausgeweitet werden. Dazu ist ein umfassendes Integrationskonzept notwendig, dass von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften unserer Stadt mitgetragen wird.

Eine ganzheitlich und sozialräumlich angelegte Integrationspolitik darf zudem nicht länger ordnungspolitisch dominiert werden.

### **Grundlagen:**

- parteiübergreifender Konsens der Ratmitglieder; Verständigung über Leitlinien für Ausarbeitung und Umsetzung eines Integrationskonzeptes:
  - Einbeziehung aller relevanten kommunalen Akteure
  - Konkrete Zielsetzungen und Projekte vereinbaren
  - Begleitforschung + Controlling
- Gemeinderatsbeschluss zur Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzeptes
- Beauftragung einer Projektgruppe in Verwaltung für Ausarbeitung eines Sozial- und Integrationsberichts

- Auftaktveranstaltung mit allen Akteuren: Bestimmung Arbeitsgruppen und Steuerungsgruppe
- Erarbeitung von Konzeptbausteinen durch Arbeitsgruppen und Begleitforschung
- Fachtagung vor Verabschiedung des Gesamtkonzeptes
- Einbringung des Konzeptes in Stadtrat/Ausländer- und Migrationsrat/Ausschüsse und Fortschreibung
- Beschluss des Stadtrats und Schlussbericht Begleitforschung
- Umsetzungsphase
- Jährliche Berichterstattung über Umsetzung; Änderung und Fortschreibung

#### **Aufgaben einer „Integrationsabteilung“:**

- Wie bisher zuständig für Ausländer- und Migrationsrat
- interkulturelle Öffnung als zentrale Querschnittsaufgabe (u.a. bikulturelle Fachkräfte, zentraler Dolmetscherdienst)
- Modellprojekte in Kooperation mit Behörden und Träger anstossen (die Fachämter dann übernehmen)
- Vermittlung Sprachförderung
- Anbindung und Vermittlung in die div. Vereine, Träger, Behörden
- Aufbau und Vermittlung von Integrationspartnerschaften á la Migranten helfen Migranten (zur Berufsorientierung und beruflicher Integration etc.)
- Akquise zusätzl. Finanzierungen (Landesgelder f. Fortbildungen, Ehrenamtlichen-/Multiplikatorenschulungen, ESF-Mittel, Stiftungsmittel)
- natürlich weiterhin die Rechtsberatung
- Aufbau von Integrationsnetzwerken in den Stadtteilen, Informationen und Vermittlung an Vereine - Installation Koordinierungskreis mit Ausländerbehörde und weiteren relevanten Institutionen (Sozial-, Jugendamt, Sprachkursanbieter, Arge, Polizei, Verbände etc.) zur Bündelung und Vernetzung der Integrationsmaßnahmen
- Unterstützung von interkulturellen Initiativen und interreligiösem Dialog
- Stärkung der interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung